Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark .0 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 27 März 1884. Nr. 147.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

12. Plenarsitzung vom 26. März.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Staatsminister Maybach und mehrere Kommissarien.

Das Haus nahm nach dem Entwurf seiner Gewerbekommission den Entwurf, betreffend Einführung einer obligatorischen Prüfung im Hufschlaggewerbe ohne Debatte an, ebenso wird in einmaliger Schlußberathung die Novelle zum Gesetz, betreffend die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen erledigt.

In dem Sekundärbahn-Gesetzentwurf hatte die Eisenbahnkommission die Erhöhung der Baukosten für die Eisenbahn von Naumburg a. S. nach Artern (Unstrutbahn), wie solche im Abgeordnetenhause vorgenommen war, nicht genehmigt, diese Erhöhung wurde jedoch auf Antrag des Herrn Frhrn. v. Wintzingerode-Knorr und nach einer zustimmenden Erklärung des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten unverändert angenommen, ebenso das ganze Gesetz.

Die Berichte der Eisenbahn-Kommission über den Erwerb von Privatbahnen, Erlös für Berliner Stadtbahnparzellen und über Betriebsergebnisse der vom Staat verwalteten Eisenbahnen für 1882—83 erstattete Herr Bredt, dieselben wurden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Herr Struckmann berichtete Namens derselben Kommission über die Petitionen des Grund- und Hausbesitzervereins von Aachen, Burtscheid und der Hausbesitzer in Stettin mit der Bitte, die Beseitigung der Gebäudesteuer zu erwirken und der Haus- und Grundbesitzer in Bochum, dahin zu wirken, daß die Gebäudesteuer beseitigt resp. herabgesetzt, sowie daß den Kommunalbehörden, Schul- und Kirchengemeinden die Erhebung besonderer Umlagen auf Grund- und Gebäudesteuer nicht gestattet werde, und beantragte namens der Petitionskommission, diese Petition der Staatsregierung als Material für die Steuergesetzgebung zu überweisen. Das Haus trat diesem Antrage ohne weitere Debatte bei.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Landgüterordnung für Schlesien, Kommissionsberichte und Petitionen.

Schluß $2^1/_4$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 26. März

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $10^1/_4$ Uhr.

Am Ministertische: Dr. Lucius und mehrere Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der Jagdordnung.

§ 1 der Kommissionsvorschläge lautet: „Das Jagdrecht darf nur ausgeübt werden auf Grundflächen, welche im Sinne dieses Gesetzes entweder einen eigenen oder einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk bilden, oder einem eigenen oder einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk angeschlossen sind."

Dem gegenüber beantragen die Abgg. Dirichlet und Schmieder, unterstützt von der deutsch-freisinnigen Fraktion, den § 1 dahin zu fassen: „Das Jagdrecht und dessen Ausübung steht Jedermann auf seinem Grund und Boden nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes zu."

Nachdem Abg. Schmieder (deutsch-freis.) seinen Antrag gerechtfertigt, erklärt sich Abg. von Schorlemer-Alst (Zentrum) gegen denselben, weil er unverständlich und daher unannehmbar sei, da Niemand das Gesetz kenne, auf dessen Bestimmungen der Antrag sich beziehe.

Abg. Westerburg (deutsch-freis.) erwidert, daß Jedermann sehr wohl erkenne, was der Antrag wolle. Er beziehe sich auf das Gesetz, welches auf Grund der von den Antragstellern aufgestellten Prinzipien zu Stande gebracht werden solle. Die Annahme des Antrages würde allerdings die Zurückweisung der Vorlage an die Kommission zur Folge haben.

Minister Dr. Lucius meint, daß die Anträge Dirichlet und Schmieder auf die Zustände von 1848 zurückgehen, und daß er mit Denen, welche diese Zustände als Ideal betrachten, nicht rechten könne. Er empfehle die Ablehnung der Anträge.

Abg. v. Heydebrand und der Lasa (kons.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag, indem er auszuführen sucht, daß bei dem im Jahre 1848 gültig gewesenen Jagdrecht weder Eigenthum noch Person sicher gewesen seien.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Dirichlet-Schmieder abgelehnt, § 1 der Kommissionsvorschläge mit allen gegen die Stimmen der deutsch-freisinnigen Partei angenommen.

Nach § 2 der Kommissionsvorschläge bildet eine Grundfläche von 75 Hektaren einen eigenen Jagdbezirk, während die Regierungsvorlage 100 Hektare in Vorschlag gebracht hatte. Die Abgg. Dirichlet und Schmieder beantragen zu setzen: „25 Hektare."

Der § 2 wird nach dem Kommissionsvorschlage angenommen, ebenso ohne Diskussion die §§ 2—4 und 5, letzterer welcher von der Bildung gemeinschaftlicher Jagdbezirke handelte, nach einer von dem Abg. Bohtz (kons.) beantragten redaktionellen Aenderung. § 6, wonach dem Eigenthümer eines eigenen Jagdbezirks die Befugniß ertheilt wird, einer Jagdgenossenschaft beizutreten, wird von den Abgg. von Meyer-Arnswalde, Dr. Langerhans (deutsch-freis.) und Rintelen (Zentrum) bekämpft, von den Abgg. von Rauchhaupt (kons.), Bohtz (kons.) und Dr. Lucius empfohlen. Nach längerer Diskussion wird § 6 der Kommissionsvorschläge mit einem Antrage des Abg. von Schorlemer-Alst angenommen, wonach der Beitritt zu einer Jagdgenossenschaft „nur unter Zustimmung der Grundbesitzer desselben" erfolgen kann.

Nach kurzen unwesentlichen Diskussionen werden die §§ 7—13 unter Ablehnung einiger dazu gestellten Anträge Dirichlet-Schmieder nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

Die §§ 14 und 14a werden ebenfalls genehmigt; sie sowohl wie § 13 regeln das Recht der Abpachtung bei zerstreut liegenden Landflächen.

§ 15 bestimmt, daß in Streitsachen unter den Betheiligten, betr. a. das Vorhandensein der Voraussetzungen für den Anspruch auf Anpachtung und b. die Höhe des Pachtzinses der Kreisausschuß, in Stadtkreisen der Bezirksausschuß zu entscheiden habe.

Auch dieser Paragraph wird nach dem Kommissionsvorschlage angenommen, desgl. die §§ 16—21, womit der Abschnitt 1 (Jagdbezirke) erledigt ist.

Mit Rücksicht auf die heutige Reichstagssitzung vertagt das Haus hierauf die Fortsetzung der Berathung auf Donnerstag 10 Uhr.

Schluß 1 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Bereits zum dritten Mal in kurzer Zeit kommt das in Brüssel erscheinende offiziöse russische Blatt „le Nord" auf die Frage der europäischen Entwaffnung zurück. Das Blatt untersucht namentlich die Lage, welche Frankreich durch den Anschluß Rußlands an die Friedensallianz erhalten hat und findet sie geeignet, um auch seinerseits der Idee der Entwaffnung näher zu treten.

Gestern noch war Frankreich von dem Wasgau bis zu den Alpen in einem zur Offensive bereiten Zirkel eingeschlossen, jetzt hat sich diese Umfassung gemildert. Frankreich hat nichts mehr von Nachbaren zu besorgen, die wissen, daß sie nichts mehr von ihm zu fürchten haben. Die Isolirung ist allerdings geblieben, aber die Freiheit der Bewegung hat sich vergrößert und die Zukunft erscheint gesicherter. Das ist ein großer Unterschied. Der französische Ministerpräsident hat sich nichtsdestoweniger gegen die Entwaffnung ausgesprochen. Der Plan sei nichts weniger als eine Konsolidation des europäischen Friedens, er betrachte die Aufstellung eines solchen als unmöglich, jedenfalls als unwahrscheinlich. Die scharfe Zurückweisung der Entwaffnungsidee durch Herrn Ferry verschiebt die diplomatische Lösung dieser Frage. Bei seiner Abweisung derselben als eines leeren Spieles können wir uns indessen nicht beruhigen. Die Idee der Entwaffnung wird sich schließlich durchkämpfen, denn die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel tritt immer klarer hervor und selbst in der Politik ist es schließlich immer die Vernunft, die Recht behält. Von allen Staaten hat Frankreich aber sicher nicht am wenigsten Ursache, die Erleichterung einer Entwaffnung zu wünschen.

— Ueber das Auftreten des Abg. Perrot bei der ersten Lesung des Aktiengesetzes im Reichstag wird der „Köln. Ztg." geschrieben:

„Von der rechten Seite des Hauses, aber, wie wir hören, nicht im Namen der Rechten, sprach noch der Abg. Perrot, dessen Auffassung des ganzen Börsen- und Aktienwesens durch zahlreiche Schriften und Volksreden genügend bekannt ist. Er soll insofern auf eigene Faust zum Worte gekommen sein, als er mit der Auszählung des Hauses drohte, wenn man ihn nicht reden lasse. Ein erster Versuch, mit diesem Kraftmittel zu wirken, scheiterte an der Geschäftsordnung, aber beim zweiten Anlauf hatte Herr Perrot einen geschäftsordnungsmäßigen Anlaß gefunden und das Haus wäre nach Feststellung einer Anwesenheit von etwa vierzig Mitgliedern ausgezählt worden. Das Präsidium dachte mit Recht: der Klügere giebt nach — und Herr Perrot hielt seine Rede."

— Nachdem König Oskar in der vorigen Woche seine norwegische Hauptstadt verlassen und seinen ältesten Sohn und Nachfolger zum Vizekönig von Norwegen konstituirt hatte, begann wie mit einem Schlage ein Geist des Friedens die Gemüther in Norwegen zu beseelen. „Morgenbladet", das bis dahin die Liberalen täglich mit Schmähungen überhäuft hatte, wurde ganz zahm, behauptete, an keinen Staatsstreich, an keinen Strike der Höchstegerichts-Assessoren gedacht zu haben, und die konservative „Aftenposten" erklärte jeden Gedanken an eine Einmischung Schwedens in innere Verhältnisse Norwegens für ehrlos und verwegen. „Dagbladet", das Hauptorgan der Storthingsmajorität, und mit ihm die ganze liberale Presse reichten schon die Hand dar zum Frieden — als ein Telegramm aus Stockholm alle Friedensschalmeien in Norwegen verstimmen machte. Auf dem Bahnhofe zu Stockholm wurde nämlich König Oskar wie gewöhnlich von den Spitzen der Behörden, diesmal aber auch von einer großen Anzahl konservativer Reichstagsabgeordneter empfangen. An letztere richtete der König nach der ersten Begrüßung ungefähr folgende Worte: „Dank, Dank, herzlichen Dank für Ihren freundlichen Empfang! Ich kann Ihnen nicht Allen die Hand geben, aber nehmen Sie meinen herzlichen Dank entgegen. Ja, meine Herren, ich habe gethan, was ich als Unionskönig für das Beste für beide Reiche erachtete, ohne den Vortheil eines der Reiche unbeachtet zu lassen. Die Kammern des Reichstages haben an meinen Beschlüssen nicht Theil nehmen können, aber was ich gethan habe, das habe ich aus gutem Herzen und aufrichtiger Ueberzeugung gethan; und ich hoffe, daß das schwedische Volk es auch so auffassen wird." Dieser Appell König Oskars an das schwedische Volk hat in Schweden selbst Erstaunen, in Norwegen aber Unwillen erregt. Der König hat seine Norweger an der empfindlichsten Stelle verwundet, an ihrem Selbstständigkeitsgefühl. „Dagbladet" ist empört: „Nun hat König Oskar, nachdem er als norwegischer König einen Beschluß in einer norwegischen Frage gefaßt hat, einen Appell an das schwedische Volk gerichtet bezüglich dieser norwegischen Frage — wahrlich, wenn man glaubt, daß ein solcher Schritt dazu dienen soll, den Frieden wieder in unser Gemeinwesen zu bringen, dann irrt man sich gewaltig. Das norwegische Volk hat im Jahre 1860 gezeigt, daß es sich nicht bange machen läßt. Es wird wie immer treu für seine Freiheit und Selbstständigkeit auf der Wacht sein, koste es, was es wolle. Sollte die Königsmacht einen Unionskonflikt zu Wege bringen, dann wird derselbe für das Königthum verhängnißvoll werden."

— Wie aus Petersburg berichtet wird, hängt die Reise des russischen Botschafters in Wien, des Fürsten Lobanow, mit der Frage wegen Besetzung des russischen Botschafterpostens in London zusammen, den Fürst Lobanow bekanntlich früher bekleidete. Die Besetzung des durch den Abgang des Herrn v. Mohrenheim nach Paris erledigten Londoner Postens macht diesmal ganz besondere Mühe und ist es zu einer Wahl unter den überhaupt in Frage kommenden Personen noch nicht gekommen. Von einem Theil der russischen Presse, z. B. dem „Grashdanin", wird die Schwierigkeit der Besetzung des Postens in London zu einer sehr abfälligen Kritik der russischen Diplomatie überhaupt benutzt. Bereits hat sich der Witz der Klubs in Petersburg dieser Suche nach einem Botschafter bemächtigt.

— Etwas schier Unglaubliches erzählt ein Redakteur der Pariser „France" von seinem letzten Besuch in Ischia. Verwundert über das Elend und die Verzweiflung, die dort herrschen, wollte er die Erklärung eines Zustandes haben, welcher im Gegensatz steht zu der von allen Seiten reichlich zugeflossenen Hilfe für die Opfer der Katastrophe vom 28. Juli v. J. Er begab sich zum Bürgermeister, der mit seinem Schreiber und mit mehreren Bürgern im Gemeindehause Sitzung abhielt, und bekam von demselben die nachfolgende Auskunft: „Von den vier Millionen Francs ungefähr, welche die Mildthätigkeit von ganz Europa zur Linderung des Elends beigesteuert, wurde noch kein Heller an die Opfer der Katastrophe vertheilt. Das Geld befindet sich in den Händen eines Zentral-Komitees in Neapel, das keine Rechnung legt, das nichts thut und die Unglücklichen von Woche zu Woche vertröstet und bestellt, unter dem Vorwand, daß die Untersuchungen und Arbeiten der Kommission zur Vertheilung der Gelder noch nicht beendet seien. Die ganze italienische Presse ohne Ausnahme hat schon verschiedene Male gegen diesen Mißbrauch des Vertrauens protestirt, das Komitee ist stumm geblieben. Es ist unverantwortlich von der italienischen Regierung, angesichts des Elends einerseits und der aufgeregten öffentlichen Meinung andererseits, dem Komitee gegenüber eine solche Duldung zu üben; dieselbe ist geradezu für das Elend, das sie durch eine energische Mahnung mildern könnte, verantwortlich zu machen."

— In den offiziösen Regionen weht einmal wieder kein guter Wind für das Zentrum. Die „Nordd. Allg. Ztg." ist zwar für den Augenblick zurückgetreten; dafür sind die „Berl. Pol. Nachr." gegen die Ultramontanen auf den Plan getreten und überraschen ihr Publikum mit folgender rechnerischer Betrachtung:

Adel und Priesterthum pflegt man als die Hauptstützen des Königthums zu betrachten, wenigstens beweist die Geschichte, daß diese Stände in den weitaus meisten Fällen es als eine Pflicht und ein Vorrecht betrachtet haben, die Autorität des Herrschers zu stützen. Wer aber glaubt, daß im deutschen Kaiserreiche ein ähnliches Verhältniß bei den politischen Parteien stattfinde, der könnte doch einen Irrthum begehen, da sehr markante Thatsachen vorliegen, welche gegen dieses natürliche Verhältniß dieser beiden Klassen zum Throne sprechen. Wer sich die Mühe nicht verdrießen läßt, das Namensverzeichniß gewisser Oppositionsparteien im Abgeordnetenhause und Reichstage einer näheren Durchsicht zu unterwerfen, der wird folgende überraschende Resultate finden. Im Abgeordnetenhause zählt das Zentrum 94 Mitglieder, darunter 20 Adlige und 7 Priester; die Welfen 2 Mitglieder, darunter 1 Adligen; die Polen 18 Mitglieder, darunter 12 Adlige und 3 Priester. Diese Zahlen sind schon bemerkenswerth, besonders auffallend werden sie aber, wenn man dieselben Parteien und dieselben Kategorien im Reichstage damit vergleicht. Im Reichstage zählt nämlich das Zentrum 97 Mitglieder, darunter 44 Adlige und 18 Priester; die Welfen 9 Mitglieder, darunter 8 Adlige; die Polen 18 Mitglieder, darunter 16 Adlige und 1 Priester. Und nun vergegenwärtige man sich den bisherigen traditionellen Beruf des Adels und des Priesterthums in Preußen und Deutschland und vergleiche damit den Beruf, welchen die Parteien: Zentrum, Polen und Welfen in der gemeinsamen Opposition gegen die protestantische hohenzollernsche Dynastie als den ihrigen erkennen. Hält man sich den Unterschied beider Auffassungen gegenwärtig, so wird sich ein Jeder die Frage, ob die in jenen drei frondirenden Parteien vertretenen Elemente des Adels und der Priesterschaft im Sinne und nach Maßgabe ihrer Standespflichten handeln, selbst beantworten können.

— Die mit der Einverleibung von Merw in das russische Reich vollendete Annexion des Gebietes zwischen dem Kaspischen Meer und Buchara dürfte eine Aenderung der administrativen Organisation der centralasiatischen Besitzungen Rußlands zur Folge haben. Das „Journal de St. Petersbourg" reproduzirt die Meldung kaukasischer Blätter, wonach das zwischen dem Kaspischen Meere und dem bisher unabhängigen Theil der Turkmenensteppe gelegene transkaspische Gebiet in ein besonderes Generalgouvernement umgewandelt werden müsse, das den Hauptzweck hätte, die Beziehungen mit Khiwa zu unterhalten. Das Amudarjagebiet würde bis zu den Syrdarja-Sandwüsten in dieses Generalgouvernement einbezogen werden.

— Das Gerede von dem Auszug des Papstes aus Rom ist, wie ein römischer Korrespondent der „Nat.-Ztg." schreibt, der absolute Humbug. Der Vatikan droht damit, um irgend eine fremde Regierung zur Parteinahme für die Propaganda zu bewegen; nachdem alle bisherigen Schritte erfolglos geblieben sind, versucht man noch diesen letzten Trumpf, allerdings ohne große Hoffnungen darauf zu setzen.

Diese Mittheilungen werden durch ein römisches Telegramm des offiziösen Pariser „Temps" erläutert, dessen Beziehungen zur französischen Botschaft sowie zum auswärtigen Amte ihn in den Stand setzen, authentisch unterrichtet zu sein. Wie der „Temps" an hervorragender Stelle meldet, haben mehrere Regierungen bereits auf die Protest-Note geantwortet,

welche die päpstlichen Nuntien den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, unterbreiten sollten. Dieser Protest bezog sich, wie bereits mehrfach hervorgehoben wurde, auf das vom römischen Kassationshofe in Sachen der Propaganda gefällte Urtheil. Konnte es von Anfang an keinem Zweifel unterliegen, daß keine fremde Regierung berechtigt wäre, sich in die inneren Angelegenheiten Italiens, insbesondere in dessen Jurisdiktion einzumischen, so haben nun auch die auswärtigen Regierungen an diesem einzig zulässigen Standpunkt festgehalten.

„Ich bin in der Lage", berichtet der „Times"-Korrespondent telegraphisch, „Ihnen den allgemeinen Ton, in welchem diese Antworten gehalten sind, zu bezeichnen. Die betheiligten Regierungen haben, indem sie zugleich ihre Ergebenheit für das Oberhaupt der Kirche versicherten, erklärt, daß die Maßregel, deren Objekt die Propaganda geworden, eine rein innere Angelegenheit ist und in Folge dessen nicht zum Gegenstande einer Intervention von ihrer Seite beim italienischen Gouvernement gemacht werden könnte."

Mit dieser bündigen Abfertigung wird der Protest bezüglich des vom römischen Kassationshofe gefällten Urtheils seinen diplomatischen Abschluß erhalten haben. Die Klerikalen haben sich also wiederum vergeblich bemüht, eine ausschließlich innere Angelegenheit Italiens zum Ausgangspunkt eines großen Feldzuges gegen die „usurpatorische" Regierung in Rom zu machen.

— Ueber den General Gordon in Chartum fehlt es seit dem 15. d. M. an allen Nachrichten. Durch vom 20. d. Mts. datirte Meldungen, welche dem französischen Generalkonsul in Kairo zugegangen sind, wird bestätigt, daß Chartum fast vollständig von den Aufständischen eingeschlossen war und daß sich auf beiden Ufern des Flusses südlich Shendy große Haufen von Aufständischen befanden. Als General Gordon nach Chartum abreiste, meinte ein englisches Blatt, das Kameel, welches Gordon durch die Wüste trägt, schleppt auch das Schicksal des Kabinets Gladstone auf dem Rücken mit sich. Ob das Bild auch heut noch wahr ist?!

— Nach der Absicht der Franzosen soll nach der Einnahme Bacninhs und der Besetzung von Honghoa und einigen anderen nördlich von Bacninh gelegenen Ortschaften, welche bisher fast ohne Schwertstreich geglückt ist, der Kampf in Tonkin beendet sein. In der That ist damit auch ganz Tonkin in französischen Händen und der Handelsweg nach der reichen chinesischen Provinz Yünnan steht offen, d. h. das Ziel der französischen Wünsche ist erreicht. Fraglich bleibt nur die Haltung Chinas. Chinesen bildeten einen Theil der Besatzung Sontays wie Bacninhs. Bekanntlich haben aber die Franzosen beide Besatzungskorps entwischen lassen, ohne — so viel man hier erfährt — Chinesen gefangen genommen zu haben. Von einem Friedensschlusse zwischen China und Frankreich kann keine Rede sein, da beide Staaten offiziell im Frieden mit einander leben. Ob die Franzosen ihre frühere Drohung, sich eine Kriegskostenentschädigung von China zahlen zu lassen, wahr machen werden, ist ebenfalls bis jetzt unbekannt. Bis man hierüber und über die Absichten der Chinesen, mit den Franzosen an der Grenze ein freundschaftlich nachbarliches Verhältniß oder das Gegentheil zu pflegen, näher unterrichtet ist, wird man sein Urtheil über Das, was die französische Politik in Tonkin und Anam bisher thatsächlich erreicht hat, aufschieben müssen. Jedenfalls können jene Landstriche nicht eher von französischen Truppen entblößt werden, als bis man über die zukünftige Haltung Chinas einige Sicherheit besitzt, und die Meldung, daß 6000 Mann Franzosen von dort demnächst nach Madagaskar zur Einnahme der Hauptstadt Tananariva eingeschifft werden sollen, eilt jedenfalls der Entwicklung der Dinge weit voraus.

Sind so die Franzosen augenblicklich verhältnißmäßig glücklich daran mit ihrem kolonialen Hauptunternehmen, so befinden sich die Engländer in Egypten trotz ihres Sieges von Tamanieb in einer keineswegs angenehmen Lage. Die Einwirkung der egyptischen Dinge auf die politischen Verhältnisse in England selbst macht sich je länger je mehr geltend, und das Kabinet Gladstone befindet sich — zumal der Premier selbst krank darniederliegt — in einer von Tag zu Tag peinlicher werdenden Lage. Man kann sich ebenso wenig entschließen, zur Beaconsfield'schen Imperialpolitik zurückzukehren und Egypten offen unter englisches Protektorat zu nehmen — womit dann freilich auch die ganze Verantwortlichkeit für die egyptische Finanz und Verwaltung auf den englischen Staatsmännern lasten würde —, als man den Thatsachen gegenüber wagt, sich aus allen Punkten zurückzuziehen und der Bewegung im Sudan freien Lauf zu lassen bis an die Küste des rothen Meeres. Nachdem General Graham von Suakin landeinwärts marschirt ist und Osman Digma geschlagen hat, nachdem Gordon in Khartum als Ordner der Zukunft des Sudan aufgetreten ist, kann man trotz des Drängens der Herren Labouchere und Genossen nicht plötzlich alle Einmischung aufgeben. So befindet sich augenblicklich Alles in der Schwebe und in völliger Unsicherheit. Das Schicksal Gordons scheint gefährdet, wenn ihm nicht englische militärische Hülfe bald zu Theil wird, und die Positionen an der Küste des rothen Meeres werden nicht gesichert sein, ehe nicht die Straße nach Berber in englischen Händen ist, welche den Zusammenhang mit den Garnisonen des Sudan sichert. Das englische Ministerium weiß aber dem Parlamente, trotzdem Entschlüsse demnächst gefaßt werden müssen, keine klare Auskunft über seine egyptischen Pläne zu geben, augenscheinlich, weil es sich selber darüber noch nicht im Klaren ist. Es kann unter diesen Umständen dazu kommen, daß Gordon und Graham schließlich durch die Umstände gezwungen werden, auf eigene Verantwortung zu handeln.

Ausland.

Paris, 24. März. In einer Versammlung, deren Erträgniß einem Hülfsverein von Eisenbahn-Angestellten bestimmt war und welcher eine Anzahl radikaler Abgeordneten und Gemeinderäthe beiwohnte, hielt Paul Bert gestern eine Rede über die nationale Wehrkraft. In der Einleitung pries er den Frieden und die menschliche Brüderlichkeit, von der die „naive Großmuth der französischen Demokratie" hoffe, daß sie bald überall zur Wirklichkeit werden sollten.

Die Wirklichkeit! Sie wissen, Sie erinnern sich, wie sie sich gestaltet hat, und wir sind nicht berechtigt, von Neuem einen Traum zu träumen, auf den ein so grausames Erwachen folgte. Jedenfalls werden Diejenigen unter Ihnen, meine Herren, welche alltäglich auf den Bahnzügen die künstliche und transitorische Grenze überschreiten, welche der Sieger auf der Karte Frankreichs gezogen hat, sich nicht einschläfern lassen und Ihnen nicht den Rath ertheilen, in Schlummer zu verfallen. Allerdings hat die französische Revolution neben dem Prinzip der Gewissensfreiheit, dem Prinzip der nationalen Souveränetät auch jenes andere Prinzip aufgestellt, daß der aggressive Krieg unrechtmäßig, daß die Eroberung eine Rohheit, daß die Annexion ein verbrecherisches Unternehmen gegen die menschliche Freiheit ist, und daß die Völker wie die Individuen nur aus Nothwehr tödten dürfen. (Beifall.) Ohne Zweifel wird nicht mehr cynisch mit dem Kriege geprahlt; er verbirgt sich und, um die Völker in blutige Kriege zu verwickeln, müssen Vorwände erfunden werden. Aber die Erfahrung beweist, daß in und außer Frankreich die Eroberer niemals verlegen waren, Kriege zu beginnen und sich ungeheure und schwankende Reiche zurecht zu schneiden. Es wäre also unvorsichtig von einem Volke, wenn es sich nicht beständig mit seiner Vertheidigung beschäftigte und für den Fall, da es angegriffen würde, sich auf die Massenerhebung verließe, welche nur, wie Gambetta sagte, eine Massenmetzelei wäre. Ein Volk bedarf daher der Wehr, des Schutzes eines mächtigen Heeres, hinter dem es arbeiten, sich unterrichten, sich vervollkommnen und bereichern kann, ohne eine leichte Beute habgieriger Nachbarn zu werden.

Nachdem der Redner dann die Organisirung der französischen Militärmacht zur Zeit, da sie noch das „Heer des Fürsten" und seitdem sie „das Heer des Volkes" geworden, geschildert, nachdem er als die Hauptfehler des Gesetzes von 1872 die Zerlegung des Kontingents in zwei hinsichtlich der Dienstzeit ihrer Angehörigen ungleiche Theile, den Einjährig-Freiwilligen-Dienst und die Militärbefreiungen genannt, kam er auf die Unifizirung und Dienstzeit zu sprechen. Es war, sagte er, eine der Lieblings-Ideen Gambetta's, daß jeder französische Bürger ohne Unterschied drei Jahre in der aktiven Armee dienen sollte, und als ihm hierfür Beifall geklatscht wurde, erinnerte er an die zahlreichen und lärmenden Einwände, die von allen Seiten gemacht werden und ihren Weg in's Parlament schon gefunden haben. Daß für Lehrer und Geistliche die Befreiung vom Militärdienst nicht fortbestehen soll, nahm Professor Bert als selbstverständlich an, und wußte dann die Lacher auf seine Seite zu bringen, indem er fortfuhr:

„Die Frage des Volontariats wird immer und immer wieder gestellt werden. Viele Leute sind über seine Aufhebung ganz entrüstet. Wie, der Sohn des Bankiers, der Sohn des reichen Bourgeois, des Schloßherrn, des Richters, des Advokaten, des Arztes soll durch drei Jahre neben dem Sohn des Arbeiters, des Bauern, der Studirende der Sorbonne neben dem bretonischen Kuhhirten leben! Sie sollen aus derselben Schüssel essen, in derselben Kammer schlafen, dieselben Waffenübungen machen, derselben Zucht unterworfen, denselben Strafen ausgesetzt sein! Das ist ja schrecklich! (Heiterkeit.) Und diese jämmerlichen kleinen Aristokraten, welche sich heute um den Platz der großen — ausgenommen im Heere — streiten, werden nicht müde, hierüber zu wehklagen. Sie Alle rufen im Chorus: Gebt uns unser hübsches Volontariat zurück, wo unsere Söhne unter sich lebten, fern von der schlechten Gesellschaft, unter einer väterlichen Disziplin, ihre Ordonnanz ein Zimmer im Gasthofe hatte (Lachen), womöglich des Sonntags nach Hause zurückkehrten, mit den Offizieren befreundet, die Beschützer der Unteroffiziere waren und im Grunde nur ein Schuljahr mehr durchzumachen hatten, das etwas weniger langweilig war, als die früheren. So hat die bürgerliche Aristokratie immer gesprochen. . ."

Auf die Persiflage, welche sich an die demagogische Gesinnung seiner Zuhörer richtete, folgte sodann eine gründlich sein sollende Bekämpfung des Einwandes, die Universitäts-Bildung und die künstlerischen Bestrebungen müßten unter der Ausdehnung der dreijährigen Dienstzeit auf alle jungen Franzosen nothwendig leiden. Herr Paul Bert bestritt dies und verstieg sich sogar zu der Behauptung, die dreijährige Kasernenzeit werde im Gegentheil die Verstandeskräfte der jungen Soldaten besser reifen als jede andere Lebensweise, und das Bischen verlerntes oder versäumtes Wissen wäre dann mit Leichtigkeit im Sturmschritt einzuholen. Erst die Bildung des Staatsbürgers und dann die des Gelehrten, des Richters und Arztes, des Kaufmanns und des Gewerbetreibenden und der Staat wird dabei herrlich aufblühen.

„Wenn", so lautet der Schlußhymnus des berühmten Vivisektors, „dieses Gesetz beschlossen ist, dann wird Frankreich endlich sein nationales Heer, den Wächter seiner inneren Freiheiten und Beschützer seiner Grenzen haben. Und welches wird dann die Macht dieser unter allen tapferen Race sein, die seit Jahrhunderten an Siege gewöhnt war — deren Glanz durch unverdientes Unglück einen Augenblick verdunkelt worden ist — wenn die große Nation endlich alle ihre Kinder, in der Handhabung der Waffen geübt, bereit sieht, in die Reihen zu treten und freudig zum großen Wahlkampfe zu eilen. Wenn eines Tages der Geist von 1792 sich über unsere Nation ergießt, wird ihm nicht mehr eine zuchtlose Masse, sondern ein wirkliches, unverwöhntes und zusammenhängendes Heer gehorchen. Und angesichts einer solchen Kraft im Dienste des Rechts wird Europa begreifen, daß die Zeit gekommen ist, eine friedliche Lösung rechtmäßiger Rückforderungen zu suchen. (Bewegung.) An jenem Tage wird alle Bitterniß vergessen, wird der Haß überwunden sein, und Frankreich, im Wiederbesitz der Seinigen, von all' seinen Kindern umringt, wird den Namen Derjenigen segnen, welche einen solchen Ausgleich vorbereiteten, indem sie die Organisirung des Nationalheeres auf feste Grundlagen bauten. (Donnernder Beifall.)

Paris, 25. März. Einige Abendblätter melden, daß Jules Ferry Unterhandlungen mit dem englischen Kabinet angeknüpft habe, um durch dessen Vermittelung die Unterhandlungen mit den Howas auf Madagaskar wieder aufzunehmen. Man schiebt hier England im Allgemeinen die Schuld zu, wenn die Ansprüche Frankreichs bezüglich Madagaskars auf einen solchen Widerstand von Seiten der Howas stoßen.

Die wiederholten Artikel der offiziösen Blätter, in denen ausgeführt wird, daß Frankreich das gesammte Tonkin und auch das Delta des rothen Flusses besetzen müsse, werden von der oppositionellen Presse als Manöver der Regierung verdächtigt. Die Regierung soll nämlich beabsichtigen, neue Kreditforderungen einzubringen, da die bewilligten alten Kredite bereits gänzlich erschöpft seien.

Der Direktor der allgemeinen Sicherheit im Ministerium des Innern, Schnerb, der Verfasser des bekannten Rundschreibens an die Präfekten betreffs der Orleanisten, geht als Präfekt nach Bordeaux. Von einem Nachfolger Schnerbs im Ministerium ist noch nichts bekannt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. März. Dem Kanzlisten des königl. Provinzial-Schul-Kollegii von Pommern, Herrn Brinckmann hierselbst, ist der Titel „Kanzlei-Sekretär" verliehen.

— Die Direktion des Stadttheaters hat dem Charakterdarsteller Herrn Tschirch ein Benefiz bewilligt, das in der nächsten Woche im Bellevue-Theater stattfinden soll. Herr Tschirch hat seine Wahl auf Wartenburgs effektvolles Drama „Die Schauspieler des Kaisers" gelenkt, das hier seit mehreren Jahren nicht gegeben wurde. Außer diesem interessanten Schauspiel wird im Theater von Seiten der Stettiner Handwerker-Ressource und der Jancovius-Kapelle das von dem Vater des Benefizianten komponirte und hier schon wiederholt mit großem Erfolge gesungene Tongemälde für Solo, Chor und Orchester „Eine Nacht auf dem Meere" zur Aufführung gebracht werden. Der Ehrenabend des talentvollen Künstlers bietet also reiche Unterhaltung und wird es demselben demnach hoffentlich nicht an zahlreichen Besuch fehlen. Gleich Frl. L'Arronge ist auch Herr Tschirch von dem Direktor Herrn Friedrich Mitterwurzer für das Carltheater in Wien engagirt worden.

— Auf das Freitag stattfindende sechste Abonnementskonzert der Herren Musikdirektor C. Koßmaly und M. Jancovius wollen wir nicht verfehlen nochmals aufmerksam zu machen.

— Der Postdampfer „Neckar", Kapt. R. Bussius, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 8. März von Bremen abgegangen war, ist am 22. März Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Der Postdampfer „Fulda," Kapitän D. Heimbruch, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 12. März von Bremen abgegangen war, ist am 22. März Nachm. wohlbehalten in Newyork angekommen.

Stadt-Theater.

Das Benefiz des Frl. Melanie Wally, zu welchem am Dienstag Nicolai's melodienreiche Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" in Szene ging, zeugte in hohem Maße von der großen Beliebtheit, die sich die begabte und liebenswürdige Künstlerin in der kurzen Zeit ihres Hierseins beim Publikum erworben hat. Frl. Wally trat ihr hiesiges Engagement bekanntlich mitten in der Saison an und hatte gleich mit ihrer Auftrittsrolle die Gunst des Publikums gewonnen. Ihr reizend schelmisches Spiel, ihre hübsche Bühnenerscheinung und ihre klangvolle Stimme von vorzüglicher Gesangstechnik vereinigten sich bei Frl. Wally, um sie zu einem der beliebtesten Mitglieder unserer Oper zu machen. Ihr Benefiz war denn auch ein großartiger Triumph. Wohl gegen zwanzig prachtvoller Bouquetts, ein Füllhorn mit Rosen, ein Blumenwagen und zwei werthvolle Lorbeerkränze wurden der Künstlerin bei ihrem Erscheinen gespendet, reizende Angedenken befanden sich bereits in ihrer sinnig geschmückten Theatergarderobe vor. Sie selbst befand sich durch diese hier fast ungewöhnliche Aufnahme in so gehobener Stimmung, daß sie ihre Frau Fluth mit ziemlich vielem Uebermuth und Humor ausstattete. Diese Stimmung übertrug sich auch auf die übrigen Darsteller, die mit der Benefiziantin wetteiferten, der herrlichen Oper eine vollendete Darstellung zu verschaffen. Wir begnügen uns daher mit einem Gesammtlobe, an dem jeder einzelne Sänger partizipiren möge. Es ist wünschenswerth, der Oper bald eine Wiederholung zu verschaffen.

H. v R

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Probepfeil." Lustspiel in 4 Akten.

Der Austritt Ludwig Barnay's aus der Gesellschaft des Deutschen Theaters soll nach der „Tgl. Rdsch." eine vollendete Thatsache sein; Herr Barnay wird bei seinem Austritt eine kontraktlich festgesetzte Konventionalstrafe von 17,000 Mark zahlen und sich, wie Friedrich Haase, verpflichten, während eines gewissen Zeitraumes in Berlin nicht künstlerisch thätig zu sein.

Vermischte Nachrichten.

Königsberg, 24. März. Hübsche Kommunalzustände scheinen in dem ostpreußischen Städtchen Kreuzburg zu herrschen. Der „K. Hart. Z." schreibt man von dort: „Aus Gründen, welche sich der öffentlichen Besprechung entziehen, hatte durch Beschluß vom 22. Februar cr. die Stadtverordnetenversammlung sich einmüthig geweigert, fernerhin in amtlichen Verkehr mit dem Bürgermeister zu treten. Diesem Beschlusse trat die Majorität der unbesoldeten Mitglieder des Magistrats bei. Auf eine in Folge dessen von dem Regierungspräsidenten an die städtischen Behörden gerichtete Vorstellung haben die betreffenden Mitglieder des Magistrats sich vorläufig wieder bei den Sitzungen betheiligt und auch die Stadtverordneten wollten bedingungsweise dasselbe thun. Letztere sind indeß, neuer Vorkommnisse wegen, von diesem Vorhaben wieder abgekommen und beabsichtigen, den Beschluß vom 22. Februar c. bis auf Weiteres aufrecht zu erhalten."

— Aus Hildesheim wird berichtet, daß der bis zu dem ehrwürdigen Alter von tausend Jahren gediehene Rosenstock am Dome, der sehr gefährdet schien und stark beschnitten werden mußte, jetzt wieder anfängt, Blätterknospen zu treiben.

— (Die neue Geschichte.) Zwei Berliner Holzhauer unterhielten sich beim Frühstück folgendermaßen: A. Sag' mal, hast Du denn davon jehört? B. Wovon denn? A. Nu, von die Jeschichte mit den — na da draußen, da neben die — jees! wie heeßen denn die Leute? B. Meenst Du vielleicht die neue Destillations-Anstalt? A. I ne doch! Ick meene die Jeschichte da mit den — na, der Name schwebt mir uf de Lippe. Die da draußen vorjejangen is, da bei — da draußen bei — Jott, Du mußt ja den Ort kennen. B. Ach jees! Des is die Jeschichte mit den — ja die kenn ick — mit den — na mit den, Jees! wie heeßt er doch? die meenste? A. Richtig, die meen' ick. Also Du kennst se schon? B. Ja, die kenn ick, die hat mir ja der — der — na wie heeßt er denn, erzählt. Der da — draußen — Du weeßt ja? A. Ja, ick weeß schon. Des is die Jeschichte! Von den hab ick sie ooch.

— Ein amüsantes Pröbchen altjapanischen Philistergeistes ist ein Zitat aus der Abhandlung eines gelehrten Japaners, welche den Titel „Tusuoki" führt und sich u. A. mit dem Tabak beschäftigt. In dieser „unparteiischen Klarlegung" wird dem Tabakrauchen folgendes nachgerühmt resp. nachgesagt: 1. Es beseitigt Unruhe im Leibe und erhöht die Kräfte. 2. Es wirkt vorzüglich als Stimmungemittel beim Beginn eines Festes. 3. Es ist ein Gefährte in der Einsamkeit. 4. Es gewährt einen Vorwand, hin und wieder von der Arbeit auszuruhen, gleichsam als wenn es nun an der Reihe wäre, Athem zu schöpfen. 5. Es ist ein Vorrathshaus des Nachdenkens und giebt den Aufwallungen des Zorns Zeit, sich zu zerstreuen.

Nun aber die Kehrseite: 1 In einem Anfall von Aerger fühlt man eine natürliche Neigung, andere Leute mit seiner Pfeife über den Kopf zu schlagen. 2. Manche klopfen die Asche aus ihren Pfeifen, während dieselbe noch glühend ist, und vergessen das Feuer auszulöschen; daher werden 3. Kleider und Matten häufig durch glühende Asche versengt. 4. Raucher speien ohne Unterschied in die Fußwärmer oder das Küchenfeuer, und 5. sogar in die Ritze zwischen den Tatamis (Reisstrohmatten, welche den Fußboden bedecken (das ist echt japanisch; die Tatamis zu beschmutzen, gilt als eine Art Sakrilegium, als das größte Vergehen, dessen sich ein gebildeter Mensch schuldig machen kann) 2c.

Telegraphische Depeschen.

Bremerhaven, 26. März. An Bord des auf der hiesigen Rhede liegenden Lootsenschooners „Staats-Minister Bacmeister" brach in der vorigen Nacht Feuer aus, der Schooner brannte fast ganz aus und wurde an der Westseite der Weser auf den Strand gesetzt.

Pest, 26. März. Etwa 800 Arbeiter des Kohlenbergwerks Salgo-Tarjan stellten in Folge von Aufhetzungen die Arbeit ein, wobei es zu Ausschreitungen kam. Durch das Einschreiten der Gensdarmerie und des Militärs wurde die Ruhe wieder hergestellt. Hierbei wurden ein Arbeiter erschossen, vier verwundet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Petersburg, 25. März. Das Hauptkriegsgericht bestätigte in der heutigen Kassationsverhandlung das in dem Rossitzky-Prozesse von dem hiesigen Bezirkskriegsgericht gegen Rossitzky und Piotrowsky gefällte Urtheil, durch welches ersterer zu einer Festungshaft von 1½ Jahren, zur Dienst-Ausschließung und Entziehung einiger Rechte verurtheilt worden war. Betreffs des Urtheils über Stratanowitsch, Tabure und Dombrowsky wurde die Revision des Urtheils durch eine andere Sektion des hiesigen Bezirkskriegsgerichts verfügt.

Petersburg, 26. März. Der Kaiser empfing gestern den aus Wien eingetroffenen Botschafter Fürsten Lobanow sowie den Generaladjutanten v. Rosenbach. Fürst Dondukoff-Korsakoff ist nach Tiflis abgereist.

Newyork, 25. März. Nach Meldungen aus Neworleans sind mehrere gegen den Mississippi aufgeführte Schutzdämme vom Wasser durchbrochen worden, das untere Thal des Flusses steht vollständig unter Wasser und gleicht einem großen See. Man schätzt die Zahl der Menschen, die auf dem überschwemmten Terrain wohnten, auf etwa 60,000 und befürchtet große Verluste an Menschenleben.